

# Wer wählt wen?



Von PROF. EBERHARD HAMER | Das Mittelstandsinstitut Niedersachsen hat eine Telefonumfrage gemacht, um herauszufinden, wie der Mittelstand wählt. Mit 486 Antworten ist dieses Bild sicher nicht repräsentativ, gibt aber wertvolle Anhaltspunkte – ja, sogar Überraschungen.

Bei Umfrageergebnissen muss man vorsichtig sein, weil viele Menschen sich nicht trauen, sich zu einer Partei zu bekennen, die im öffentlichen Medien- und Altparteienboykott steht, wie z.B. die AfD. Das Institut hat deshalb eine Nachfrage über die Zufriedenheit des Wählers mit den Parteien gestellt. Zwischen den Antworten, welche Partei die Wähler wählen würden und der Zufriedenheit mit der derzeitigen Bundesregierung bzw. Opposition bestanden Unterschiede. Die wichtigsten:

- Die Zufriedenheit mit der CDU ist höher als ihr Umfrageergebnis.
- Die Zufriedenheit mit der SPD ist geringer als ihr Umfrageergebnis.
- Gleiches gilt für die FDP. Auch mit ihr sind die Wähler nicht zufrieden, nehmen sie aber offenbar als Notlösung.
- Die Zufriedenheit mit den Grünen ist ebenso hoch wie ihr Umfrageergebnis.
- Für die AfD war die Zufriedenheit höher als das Bekenntnis zu ihr.

Die Unterschiede waren zum Teil nicht deutlich, aber signifikant. Man sollte deshalb die veröffentlichten Umfrageergebnisse mit Vorsicht betrachten.

Dem Mittelstandsinstitut ging es darum, soziologisch festzuhalten zu versuchen, welche Schichtengruppe welche Partei wählt.

Vor Jahrzehnten war dies soziologisch noch zuzuordnen:

- CDU wurde vom christlichen Bürgertum gewählt,
- die SPD von der Arbeiterschaft und Gewerkschaftsmitgliedern,
- die FDP war stark im selbständigen Mittelstand.

Diese Gruppenzuordnung hat sich inzwischen gewandelt:

- Das christliche Bürgertum sieht sich in der CDU nicht mehr unbedingt vertreten, seit diese Partei für Masseneinwanderung von Moslems kämpft und für sozialistische Umverteilung. Das traditionelle konservative Bürgertum hadert mit der CDU.
- Der SPD ist ein großer Teil der Arbeiterklientel entlaufen. Das dürfte zwei Gründe haben: einmal sind viele Facharbeiter heute in den Mittelstand aufgerückt, den Klassenkampf- und Umverteilungsparolen damit entwachsen, zum anderen aber ist die SPD schon lange eine Lehrer- und Sozialarbeiterpartei geworden, also vom angestellten Mittelstand geprägt. Deshalb hat die AfD heute einen hohen Arbeiteranteil unter ihren Sympathisanten.
- Die FDP hat früher Mittelstandspolitik gemacht und deshalb den selbständigen Mittelstand binden können. Seit sie aber vom Großkapital bezahlt und gesteuert wird und die Schuldenvergemeinschaftung vertritt, fühlt sich der selbständige Mittelstand nicht mehr von ihr vertreten. Das hat vor Jahren zum Absturz der FDP geführt. Inzwischen sehen aber der selbständige und der obere angestellte Mittelstand in den anderen Parteien keine Alternative, wird also die FDP wohl als Notlösung gewählt werden, obwohl sie die höchste Unzufriedenheitsdifferenz zwischen Wahlentscheidung und

Zufriedenheitswert hatte.

- Nach den drei vorgenannten Parteien haben vor allem die Grünen-Wähler zugenommen. Nach den Ergebnissen der Mittelstandsinstituts-Umfrage wählen vor allem die Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes grün, vor allem im Gesundheits- und Bildungssektor, wo es keine Existenzprobleme gibt.
- Die AfD hat große Sympathie in Unterschicht und Mittelstand. Die Mitglieder des selbständigen Mittelstands wagten aber überwiegend nicht, sich zur AfD zu bekennen (sie werden sie nur wählen), weil „man das nicht öffentlich sagen darf“. Die Boykott-Politik der Altparteien gegen die AfD sowie die Totschweigetaktik der öffentlichen Medien haben der Wahlentscheidung zugunsten der AfD weniger geschadet als ihrer öffentlichen Zustimmung.

Wenn man die Zustimmungsraten zu den Parteien vergleicht, hat die AfD vor allem in der Arbeiterschaft und bei den sozial Schwachen aus ehemaligen SPD-Sympathisanten hinzugewonnen, hat sie aber auch nach wie vor im selbständigen Mittelstand und im angestellten Mittelstand der freien Wirtschaft höhere Zustimmungswerte als Wahlprognosen. Das ist insofern überraschend, als die AfD als „Professorenpartei“ aus dem Widerstand gegen die Schuldenunion entstanden ist und anfangs vor allem die „Ökonomie-Gebildeten“ angezogen hat.

Genau das Gegenteil glaubte das Mittelstandsinstitut bei den Grünen festzustellen. Das Gros ihrer Anhänger aus dem angestellten Mittelstand kommt aus den wirtschaftsfremden Bereichen des öffentlichen Dienstes, in denen das Einkommen hoch und sicher und deshalb wirtschaftliche Fragen zweitrangig sind. Lehrer, Sozialarbeiter, Personal- oder Verwaltungsangestellte stört weder, dass Deutschland im europäischen Schuldensumpf versinkt noch sind sie über die künftigen Renten beunruhigt. In der Massenimmigration sehen sie sogar Vorteile für sich, denn von der Immigration haben

die Sozialberufe am meisten profitiert.

Und die Umweltideologie kam beim halb- bzw. nur speziell gebildeten angestellten Mittelstand durch die einfache Ursachenargumentation am besten an. Beispiel Baerbock.

Unter den CDU-Wählern glaubt das Mittelstandsinstitut am meisten Verunsicherung zu spüren. Der Ruck der CDU unter Merkel nach links hat für ihre früheren Anhänger fraglich werden lassen, wofür die CDU überhaupt noch steht, insbesondere, wenn sie auf ihren konservativen Teil (Werteunion, Hans-Georg Maaßen) einschlägt.

In der SPD dagegen ist Erleichterung zu spüren, dass die Person von Scholz das Fehlen von Argumenten aufzuwiegen scheint, zumal die beiden Gegenkandidaten ihm gegenüber ein unerwartet schlechtes Bild zeigen, nicht überzeugen können. „Scholz ist unter drei Schwachen der Stärkste“, beurteilte ein Unternehmer nüchtern das Angebot.

Bei Nachfragen, warum FDP gewählt werden sollte, war nicht die Liebe zu dieser Partei, sondern „das geringste Übel für unsere Wirtschaft“ die Begründung. Dass die FDP in jeder Koalition mitmachen würde, aber in einer nächsten Regierung nicht viel bewirken wird, spielte dafür keine Rolle. „Was soll man denn sonst wählen?“.

In einer kleineren Nachrundebefragung hat das Mittelstandsinstitut aus seinen Telefonadressen zu ermitteln versucht, wie stark rationale Überlegungen das Wahlverhalten prägen. Dazu gab es zwei Fragen:

Was ist falsch gemacht worden? Was soll geändert werden?

Die erste Frage beantworteten vor allem AfD-Wähler. Für sie haben die Altparteien in der Vergangenheit unverzeihliche Fehler gemacht, indem sie die Schuldenexplosion Europas vergemeinschafteten, also den deutschen Steuerzahlern aufbürdeten, dass sie unser Währungssystem durch die Schulden-

und Finanzorgien zerstört hätten, dass die Energiewende irrational durchgeführt und nicht gelöst sei, dass vor allem aber die von der Merkel-Koalition herbeigeführte Massenimmigration „uns inzwischen zu Fremden im eigenen Volk mache, unsere Kultur, Bildung und Sicherheit verändere“ und als „Sturm auf das Sozialsystem uns nicht mehr tragbare Sozialkosten aufbürde.“

Bei keiner anderen Partei war die Argumentation so rational und akzentuiert.

Die potenziellen Wähler der Regierungskoalition hatten weniger und weniger präzise etwas an der bisherigen Regierungspolitik auszusetzen. Hier wurde vor allem Kritik an Laschet und seinem „Kompetenzteam“ laut, in welchem ein schwarzafrikanischer Agent für Afrika-Musik die Kultur- und Bildungskompetenz der CDU für unser ganzes Land repräsentieren soll.

Harte Kritik an der bisherigen Regierungspolitik kommt auch von den Grünen. Klimaversagen, Umweltversagen, CO2-Versagen u.a. Die Kritik blieb aber undifferenziert, war mehr Bauch- als Kopfkritik und gerade deshalb schwer zu diskutieren.

Einige SPD-Sympathisanten, vor allem aber die Wähler der Grünen, blieben bei der alten Sozialkritik der angeblichen „sozialen Ungerechtigkeit“. Da diese für die einheimische Bevölkerung nur noch in Randgruppen (Alleinerziehende, Kinderreiche) zutrifft, wird die Umverteilung nun mit der „neuen Armut“ der Immigranten begründet. Die Argumentation verfängt aber nicht so recht, weil die Immigranten, zu deren Gunsten umverteilt werden soll, kein Wahlrecht haben. Sie sollen es deshalb bekommen.

Bei der letzten Frage „Was soll besser werden?“ standen bei FDP, AfD und CDU die Freiheitsforderungen nach dem Lockdown im Vordergrund. Bei den anderen Parteien spielten diese keine Rolle.

Von einer neuen Regierung erwarteten die Wähler, unabhängig

von den Parteien, vor allem

- mehr soziale Gerechtigkeit
- Lösung des Wohnungsproblems
- mehr Umweltschutz

Interessant war für die Befrager, das die auf eine Katastrophe zulaufenden Entwicklungen der Verschuldung, der Währungssituation und der Rentensituation mit so viel Geschick von der alten Regierung und ihren Medien unter der Decke gehalten werden konnten, dass sie keine große Rolle für diese Wahl spielen.

Trifft die Differenz zwischen Wahlprognosen und Parteilzufriedenheit der Wähler aus der Befragung zu, könnten die Wahlergebnisse noch einige Überraschungen bieten.



Prof. Eberhard Hamer.

*PI  
-  
NE  
WS  
-  
Au  
to  
r  
Pr  
of  
.  
Dr  
.  
Eb  
er  
ha  
rd  
Ha  
me*

r  
(\*  
15  
. Au  
gu  
st  
19  
32  
in  
Me  
tt  
ma  
nn  
)  
is  
t  
ei  
n  
de  
ut  
sc  
he  
r  
Ök  
on  
om  
. Se  
in  
Sc  
hw  
er  
pu  
nk  
t  
is

t  
di  
e  
Mi  
tt  
el  
st  
an  
ds  
ök  
on  
om  
ie  
. In  
de  
n  
19  
70  
er  
Ja  
hr  
en  
gr  
ün  
de  
te  
er  
da  
s  
pr  
iv  
at  
ge  
fü  
hr  
te



M  
it  
te  
ls  
ta  
nd  
si  
ns  
ti  
tu  
t  
Ni  
ed  
er  
sa  
ch  
se  
n  
in  
Ha  
nn  
ov  
er  
un  
d  
ve  
rö  
ff  
en  
tl  
ic  
ht  
e  
üb  
er  
20  
Bü

ch  
er  
zu  
m  
Th  
em  
a  
Mi  
tt  
el  
st  
an  
d.  
Ha  
me  
r  
er  
hi  
el  
t  
19  
86  
da  
s  
Ve  
rd  
ie  
ns  
tk  
re  
uz  
am  
Ba  
nd  
e  
de  
s

Ve  
rd  
ie  
ns  
to  
rd  
en  
s  
de  
r  
Bu  
nd  
es  
re  
pu  
bl  
ik  
De  
ut  
sc  
hl  
an  
d.  
Se  
in  
e  
Ko  
lu  
mn  
e  
er  
sc  
he  
in  
t  
ei  
nm

*al  
wö  
ch  
en  
tl  
ic  
h  
au  
f  
PI  
-  
NE  
WS  
.*